



#WIRsindHANDEL

KMU-Onlinehandelsstudie 2019

Schlussfolgerungen für die Interessenspolitik von
EuroCommerce und der Bundessparte Handel



Online-Shopping und Interessenspolitik

Online-Shopping 2018



- Der Online-Handel in China boomt. Ca. 10% der Europäer kaufen in China ein
- Wettbewerb ist global (China, USA) aber Gesetze sind national oder EU-basiert. Durchsetzung gegenüber Marktteilnehmer ohne Präsenz in der EU nicht einfach.
- Der europäische Handel braucht Steuerfairness: EUR 22-Freigrenze für Kleinsendungen, EUR 150 Zollfreigrenze, Plattformhaftung, digitale Betriebsstätte
- Paketpostpreise aus China: Dürfen nicht mehr künstlich niedrig gehalten werden
- Ausländische Händler halten sich nicht an die EU Qualitäts- und Sicherheitsstandards. Bestehende Marktüberwachungssysteme reichen nicht aus.
- Sammel- und Verwertungsbeitrag: Ausländische Händler beteiligen sich zu wenig

Österreicher_innen (16-74 Jahre), gerundete Werte
Quellen: KMU Forschung Austria, Statistik Austria

88 % der Österreicher nutzen das Internet, 76 % sogar täglich

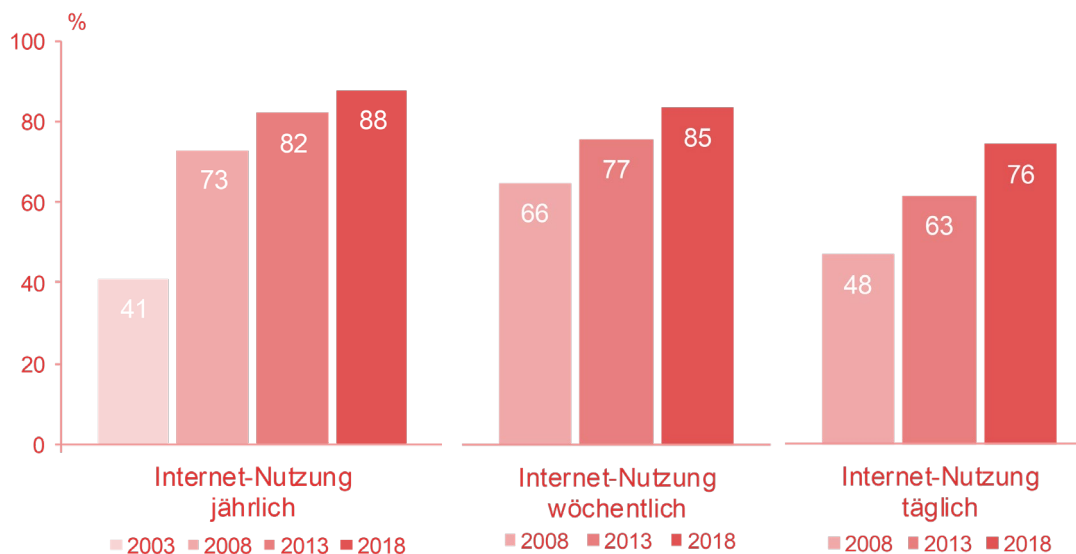
Internet-Nutzung

zumindest 1x

- pro Jahr
- pro Woche
- pro Tag

2003 - 2018

Anteil der
Österreicher
(16-74 Jahre, in %)



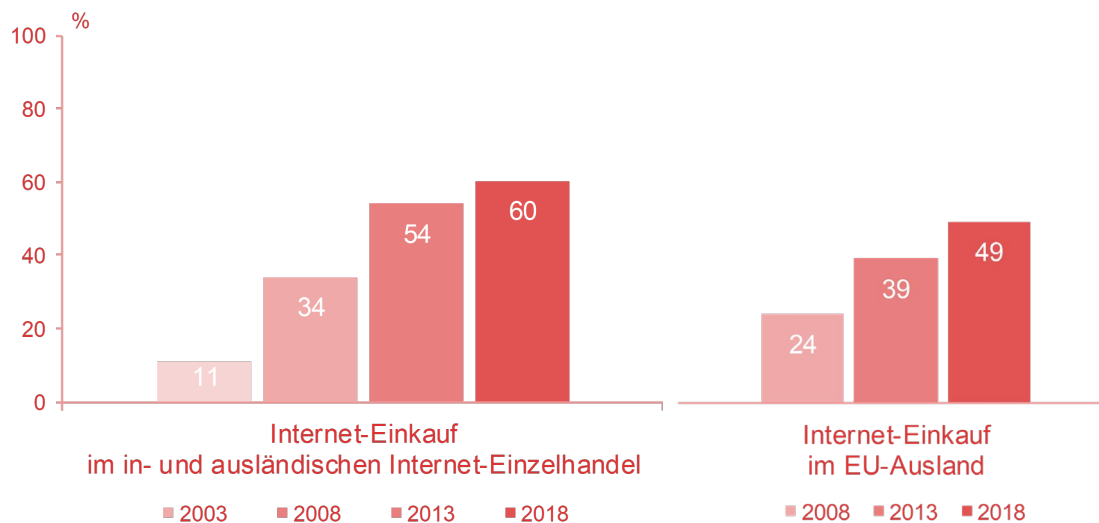
Anmerkung: Daten nicht für alle Vergleichsjahre verfügbar
Quellen: KMU Forschung Austria, Statistik Austria, Eurostat

60 % der Österreicher kaufen online ein, 49 % auch im EU-Ausland

Internet-Einkauf

- im Internet-Einzelhandel
 - im EU-Ausland
- 2003 - 2018

Anteil der Österreicher (16-74 Jahre, in %)

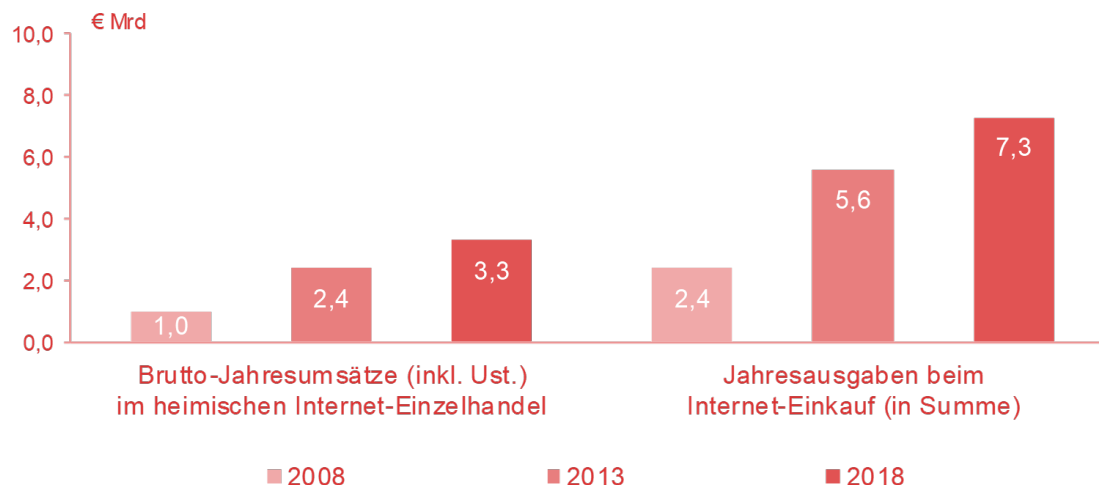


Anmerkung: Daten nicht für alle Vergleichsjahre verfügbar
Quellen: KMU Forschung Austria, Statistik Austria, Eurostat

€ 7,3 Mrd geben die Österreicher beim Online-Shopping p.a. aus - Tendenz steigend

Brutto-Umsätze im heimischen Internet-Einzelhandel & Jahresausgaben beim Internet-Einkauf 2008 - 2018

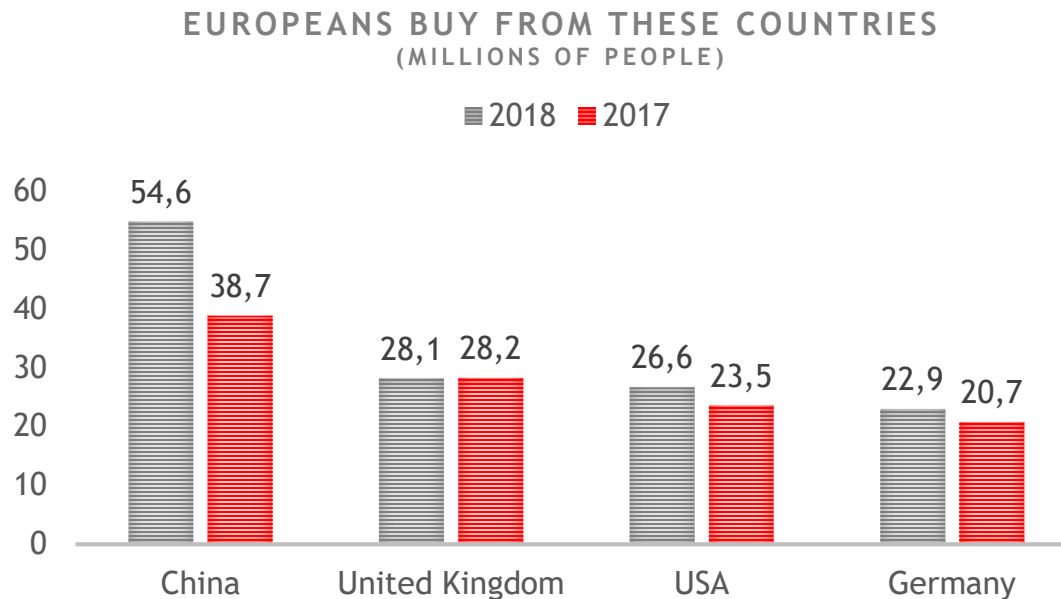
in Euro Mrd der Österreicher (16-74 Jahre, in %)



Anmerkung: Abschätzung der Ausgaben für das Jahr 2018, gerundete Werte
Quelle: KMU Forschung Austria

Digitaler Binnenmarkt: 500 Millionen Verbraucher in der EU...Regulierung, Durchsetzung und Steuern lokal, aber Wettbewerb global

- Der grenzüberschreitende elektronische Handel innerhalb der EU ist nicht so schnell gewachsen wie in Ländern außerhalb der EU



Quelle: [PostNord E-commerce in Europe 2018](#)

Kleinsendungen aus Nicht-EU-Staaten



- **Problem**
 - Freigrenzen für Kleinsendungen aus Nicht-EU-Staaten: Bis EUR 22 fällt keine Einfuhrumsatzsteuer und bis EUR 150 auch kein Zoll an
 - Kleinsendungen zwischen zwei Mitgliedstaaten: ab den ersten Cent an abgabepflichtig
- **EU-Schätzungen und Maßnahmen**
 - 150 Mio. Kleinsendungen werden mehrwertsteuerfrei in die EU importiert
 - EU-Mitgliedstaaten entgehen jährlich EUR 1 Mrd.
 - Abschaffung der 22-Freigrenze EU-weit ab 2021; EUR 150 Zollfreigrenze noch nicht in der „Pipeline“
- **Schätzungen in Österreich**
 - 7-8 Mio Kleinsendungen werden aus Nicht-EU-Staaten nach Österreich importiert
 - Ca. 93% der Kleinsendungen kommen aus China, 5% aus den USA und der Rest aus anderen Nicht-EU-Staaten
- **Best-Practice-Beispiel Schweden**
 - Steuerentgang EUR 100 Mio. durch die 22-Freigrenze
 - Ab März 2018 Digitalisierung der Zoll- und Postprozesse und Abschaffung der EUR 22-Freigrenze in Schweden
 - Rückgang der Kleinsendungen: von 150.000 auf 15.000 im Zeitraum von Dezember 2017 bis April 2018
- **Forderung EuroCommerce und Bundessparte: Rasche Abschaffung der 22-Freigrenze und der EUR 150-Zollfreigrenze. Zusätzlich muss die Kontrolldichte in der Zollprüfung erhöht werden**

Plattformen in die Pflicht nehmen



- **Problem**
 - Der internationale Handel über Online-Marktplätzen nimmt immens zu; insbesondere Unternehmer aus Nicht-EU-Staaten nutzen Online-Plattformen
 - Die Prüfung der einzelnen Händler aus Nicht-EU-Staaten erfordert eine hohe Personalaufstockung
- **EU-Schätzungen und Maßnahmen**
 - Nach Schätzungen der EU werden 65% der Sendungen aus Drittländern in die EU nicht mehrwertsteuerkonform eingeführt.
 - Plattformen sollen ab 2021 bei der Erhebung der Mehrwertsteuer mitwirken und Steuerschuldner sein, wenn der Wert der eingeführten Gegenstände aus Nicht-EU-Staaten jeweils weniger als EUR 150 beträgt.
 - Plattform wird so behandelt, also ob sie diese Gegenstände selbst erhalten und geliefert hätte
- **Best-Practice-Beispiel UK**
 - In Großbritannien wird der Mehrwertsteuerbetrag auf Online-Marktplätzen in den Jahren 2016/2017 zwischen £ 1 Mrd. bis £ 1,5 Mrd geschätzt.
 - Ab 2016 Plattformhaftung in UK: In Großbritannien haben sich im Zeitraum März 2016 bis Jänner 2018 insgesamt 27.550 ausländische Online-Händler für umsatzsteuerliche Zwecke registriert. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 lag die Zahl der Umsatzsteueranmeldung nur bei 1.650
- **Best-Practice-Beispiel Deutschland**
 - Die deutsche Steuergewerkschaft schätzt den Mehrwertsteuerbetrag im Online-Handel auf EUR 1 Mrd pro Jahr.
 - Ab 2019 Plattformhaftung in DE: Bereits vor Inkrafttreten entfachte das Gesetzesvorhaben deutliche Wirkung: Im letzten Jahr haben sich über 5000 Marktplatzhändler in Deutschland registriert.
- **Forderung EuroCommerce und Bundessparte:** Die rasche Einführung einer Plattformhaftung

Digitale Betriebsstätte



- **Problem:**
 - Steuerrecht wurde auf dem Konzept der physischen Präsenz entwickelt.
 - Digitale Geschäftsmodelle haben keine physische Präsenz.
 - Ohne einer physischen Präsenz kann auch kein Besteuerungsrecht in Österreich begründet werden.
- Der Betriebsstättenbegriff ist mehr als 100 Jahre alt und ist nicht mehr zeitgemäß
- **EU- und OECD-Maßnahmen**
 - Einführung einer EU-weiten Digitalsteuer ist im März 2019 gescheitert
 - OECD wird im Jahr 2020 ihren Endbericht vorlegen
- **Forderung EuroCommerce und Bundessparte:** Steuersysteme sollten so entwickelt werden, dass sie neue Geschäftsmodelle erfassen und dabei fair, effizient und zukunftstauglich sind. Nationale Einzelmaßnahmen können den Markt fragmentieren und sollten vermieden werden.

Paketpostpreise aus China



- **Problem**

- Konzession aus dem Jahr 1874 für Entwicklungsländer unter der Universal Postal Union (UPU)
- Paketpostpreise aus China werden künstlich niedrig gehalten

From	To	Cost
China	Austria	EUR 10,03
Austria	China	EUR 31,48

- **UPU-Maßnahmen**

- UPU einigte sich im Jahr 2016, dass China mehr zahlen soll
- Die Gebühren werden zwischen 2017 und 2021 steigen; China ist aber weiterhin der weltweit größter Nettogewinner dieser ermäßigten Preise
- USA droht die UPU zu verlassen

- **Forderung EuroCommerce und Bundessparte:** Die UPU-Vorschriften sind veraltet und wettbewerbswidrig. Der Wettbewerb darf nicht durch staatliche Subventionen oder internationale Abkommen verzerrt werden.

Qualitäts- und Sicherheitsrisiken



- **Problem**
 - Pakete aus Nicht-EU-Staaten enthalten u.a. auch Waren, die nicht dem EU-Sicherheits- und Qualitätsstandard entsprechen
 - Beispiele für gefährliche Produkte:
 - Telefongeräte, die Feuer fangen
 - Überhitzte Batterien
 - Spielzeuge mit gesundheitsschädlichen Schadstoffen
 - Bestehende Marktüberwachungssysteme reichen nicht aus, um Missbräuche zu verfolgen und zu behandeln
- **Best-Practice-Beispiel**
 - Freiwillige Maßnahme: Alibaba, Amazon, eBay und Rakuten haben die Produktsicherheitsverpflichtung unterzeichnet
 - gefährliche Produkte aus Nicht-EU-Staaten werden vor dem Verkauf erkannt und entfernt
- **Forderung EuroCommerce und Bundessparte:**
 - Informationsaustausch zwischen Behörden über die Einfuhr von nichtkonformen Produkten und Etablierung eines Kontrollsystems für den Versandhandel an Privatpersonen
 - Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Verbraucher zur Meldung von nicht konformen und gefährlichen Produkten.
 - Durchführung von Sensibilisierungskampagnen für verantwortungsvollen Konsum

Sammel- und Verwertungsbeitrag



- **Problem**
 - Waren von Nicht-EU-Händlern werden auf Kosten der europäischen Einzelhändler recycelt und entfernt
 - Der Sammel- und Verwertungsbeitrag nach der österreichischen Verpackungsverordnung wird umgangen

- **Forderung EuroCommerce und Bundessparte:** Es muss sichergestellt werden, dass alle Händler, die in der EU verkaufen, einen Beitrag zu den jeweiligen Systemen leisten. Die Bundessparte Handel fordert, einen pauschalierten Sammel- und Verwertungsbeitrag einzuheben.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Peter Buchmüller, Bundessparten Obmann

Dr. Ernst Gittenberger, KMU-Forschung Austria

Mag. Iris Thalbauer, Geschäftsführerin Bundessparte Handel